

Jan Pronk

Die globale Apartheid überwinden

Wir brauchen ein neues Paradigma der globalen Entwicklung



© Clive Shirley/www.cliveshirley.com

Ein Blick auf die andere Seite der Welt. Stahlzaun an der Grenze zwischen Mexiko und den USA.

Die Globalisierung hat die Welt gespalten. Die Kluft, die die Armen von den Reichen trennt, wird von Jahr zu Jahr tiefer. Eine wachsende Zahl von Menschen ist von der Teilhabe an der Weltwirtschaft ausgeschlossen. Die Armen werden nicht mehr ausgebeutet, sondern ausgegrenzt. Sie sind für das Fortbestehen des globalen Kapitalismus überflüssig geworden. Globalisierung ist Apartheid. In dieser Lage hat die internationale Politik die Wahl zwischen zwei Paradigmen: „Sicherheit“, die die Interessen der Wohlhabenden durch weitere Ausgrenzung zu schützen versucht, oder „Nachhaltigkeit“, die einschließt und die Unteilbarkeit der Menschheit betont.

Kurz nach dem Fall der Berliner Mauer lenkte der damalige UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali die Aufmerksamkeit darauf, dass die internationale Politik auf ein neues Paradigma angewiesen ist: Es kann keinen Frieden ohne Entwicklung und keine Entwicklung ohne Frieden geben. Das mag nach einer Binsenweisheit klingen. Jedoch war diese während des Kalten Krieges zwischen Ost und West ebenso ignoriert worden wie zu Zeiten des lauwarmer Friedens zwischen Nord und Süd in all den Jahren nach der Dekolonisierung.

Entwicklung und Frieden

Wie sehr diese Binsenweisheit vernachlässigt wurde, ist schon bei den Diskussionen über die Schlussfolgerungen, die die Brandt-Kommission in ihren Berichten „Das Überleben sichern“ (1980) und „Hilfe in der Weltkrise“ (1983) präsentiert hatte, erkennbar geworden. Die Berichte spiegelten eine neue Philosophie wider: Sie handelten von Interdependenzen zwischen Nationen, von wechselseitigen Interdependenzen, aus denen ein gemeinsames Interesse aller Nationen resultiert – und dies nicht nur, um Wirtschaftskrisen meistern zu können, sondern auch, um die Entwicklung zu fördern, ja, um das gemeinsame Überleben zu sichern. Die Berichte machten geltend, dass alle Nationen an der globalen Verantwortung für die weltweite soziale und wirtschaftliche Entwicklung teilhaben.

Die Aktionsprogramme und weltpolitischen Reformen, die die Brandt-Kommission empfohlen hatte, wurden nicht in Angriff genommen. Warum nicht? Möglicherweise war die Zeit noch nicht reif dafür. Während des Ost-West-Konfliktes konnte sicherlich kein Klima aufkommen, das eine weltweite Kooperation begünstigt hätte. Und von einem Gefühl globaler Zusammengehörigkeit konnte noch keine Rede sein.

Es gab noch einen weiteren Grund: In der weltwirtschaftlichen Rezession ab der zweiten Hälfte der siebziger Jahre war wenig Aufgeschlossenheit für neue Ansätze vorhanden. Die Staaten bemühten sich um schlichte Anpassung an das, was als die wirtschaftlichen Tatsachen empfunden wurde. Diese Anpassung wurde vor allem in Form von Ausgabenkürzungen vollzogen – anstatt in Wachstum und Entwicklung zu investieren. So kam eine Wirtschaftsphilosophie zur Geltung, deren Eckpunkte nicht mit dem in Einklang standen, was die Brandt-Kommission gefordert hatte. Es ging nun um Marktliberalisierung, Deregulierung, eine Einschränkung des öffentlichen Sektors, und um mehr Vertrauen in die ungezügelt Marktmechanismen.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre und in den neunziger Jahren hat sich ein dramatischer Wandel in der Welt vollzogen. Dem Ende des Kalten Krieges folgte eine neue Phase der Globalisierung. Vom weltwirtschaftlichen Wachstum profitierten die USA, aber auch die Länder der früheren Sowjetunion und die Staaten Ost- und Westeuropas. Dabei wurde die Früchte eines Bündnisses von Frieden und wirtschaftlichem Fortschritt sichtbar. Konnten darin auch die armen Länder einbezogen werden?

Die Zahl der zwischenstaatlichen Konflikte und Kriege hat seitdem abgenommen, doch wurden vor allem die Entwicklungsländer zunehmend von inneren Auseinandersetzungen und Bürgerkriegen heimgesucht. Die neuen Bürgerkriege versetzten allen Hoffungen auf eine ökonomische Entwicklung einen schweren Schlag. Freilich waren viele dieser Konflikte keinesfalls nur politischer Natur. Sie hatten soziale und ökonomische Wurzeln. Von daher hatte Boutros-Ghali recht, wenn er sich für die Verknüpfung von Frieden und Entwicklung nicht nur auf der internationalen, sondern auch auf der nationalen Ebene stark machte.

Dass Frieden und Entwicklung einander wechselseitig bedingen, wurde seitdem immer wieder in Resolutionen der Vereinten Nationen bekräftigt. Dennoch sind im selben Zeitraum mehr gewaltsame Konflikte innerhalb der armen Länder zu verzeichnen als zuvor. Und obwohl viele Entwicklungsländer ein wesentlich höheres Wirtschaftswachstum aufwiesen als in den zwei Jahrzehnten, die der Dekolonisierung folgten, hat dieses Wirtschaftswachstum nicht zu einer Verringerung der Armut geführt.

Nachhaltigkeit und Entwicklung

Ein zweites bedeutsames neues Paradigma der internationalen Politik, das in den neunziger Jahren bestätigt wurde, ist das Vorsorgeprinzip. Die Verschmutzung der Umwelt, die drohende Erschöpfung der natürlichen Ressourcen, die Erosion der biologischen Vielfalt und der Klimawandel brachten zu Bewusstsein, dass wir unsere Haltung grundlegend ändern müssen. Eine Politik, die alleine auf höheres wirtschaftliches Wachstum zielt, kann die Lebensader gefährden, die die Erde mit ihren Bewohnern verbindet. Für sorglose Frivolität war kein Platz mehr. Um die Tragkapazität der Erde aufrechterhalten zu können, schien Vorsorge das Gebot der Stunde. Doch die Versprechen, die die Politiker ihren Bürgern beispielsweise mit der Unterzeichnung der UN-Klimakonvention (1992) gegeben haben, wurden nicht eingehalten. Die Regierungen haben sich dazu verpflichtet, die Treibhausgas-Emissionen zu vermindern – tatsächlich sind sie seither weiter gestiegen.

Warum haben wir uns nicht ernsthafter darum bemüht, all diesen Verpflichtungen gerecht zu werden? Warum haben wir uns nicht wirklich der Herausforderungen angenommen, die das Schicksal der Erde, die Bedürfnisse der Armen und die Vorsorge für zukünftige Generationen betreffen? Ist ein Mangel an Vorstellungskraft schuld daran? Oder sind es die altbackenen und kraftlosen Mechanismen und Prozeduren innerhalb des UN-Systems? Waren es die Zweifel, der Mangel an politischem Willen, die fehlende Einsicht in die Veränderungen, die sich in der Welt vollzogen haben oder das fehlende Vermögen, neue Einsichten auch in neue Lösungsansätze umsetzen zu können? Haben wir uns vielleicht selbst an der Nase herumgeführt mit dem Irrglauben, dass politische Konflikte und ökologische Katastrophen nur Ausnahmen von der Regel sind? Es scheint so, als ob die politischen Akteure ihr Handeln nach wie vor auf die Annahme stützen, dass Konflikte und Katastrophen nicht struktureller Natur sind, nicht vom Menschen gemacht und mithin dem menschlichen

Warum haben wir uns nicht ernsthafter darum bemüht, all diesen Verpflichtungen gerecht zu werden?

Die Globalisierung ist auch zu einer kulturellen Angelegenheit geworden, zu einer Realität im Denken der Menschen.

Verhalten bloß äußerlich sind. Diese Annahme ist gewiss unsinnig. Und doch muss sich die Politik erst noch die anderslautende Einsicht zu Eigen machen: dass Konflikte und Krisen nicht Ausnahmen, sondern der Entwicklung immanent sind, und dass die Erschöpfung der ökologischen Kapazitäten unserer Erde das Ergebnis menschlichen Handelns ist. Oder wissen wir vielleicht all dies, wurden aber womöglich in der Zwischenzeit von ganz anderen Gefahren in Beschlag genommen: der Bedrohung der nationalen Sicherheit und dem Krieg gegen den Terrorismus?

Ein neuer Paradigmenstreit

Möglicherweise spielen alle diese Gründe und Motive eine Rolle. Ich will dennoch eine andere Erklärung versuchen. Denn vermutlich sind wir nach wie vor im Unklaren über die Bedeutung der Paradigmen selbst. Über Paradigmen gab es schon immer Unstimmigkeiten. Im Verlaufe der Geschichte wurden die herrschenden Paradigmen regelmäßig bestritten. Die Paradigmen derer, die an der Macht sind, sind stets andere als die der weniger Privilegierten.

Wenn der Streit um Paradigmen zur ideologischen Konfrontation gerinnt, können sich die gesellschaftlichen Bedingungen verhärten, weil sich die gesellschaftlichen Gruppen in ihre Bollwerke zurückziehen. Ein echter und genuiner Paradigmenstreit kann aber auch dazu verhelfen, die Auseinandersetzung zwischen Interessengruppen auf eine höhere politische Ebene zu hieven. Er kann mächtige Eliten entwaffnen, ihre Rechtfertigungsstrategien unterhöheln, die normative Kraft des Faktischen brechen, indem er den Blick auf die langfristigen Interessen der Gesellschaft als Ganzer lenkt.

Wir befinden uns heute gleich in vierfacher Hinsicht in einer tiefen paradigmatischen Krise. Erstens gibt es eine Krise der Politikgestaltung. Die internationale Politik ist nicht in der Lage, bestimmte Ergebnisse zu erzielen, weil die Interessen zu weit voneinander abweichen und die internationalen Institutionen zu schwach sind, um Ungleichgewichte ausbalancieren zu können. Und in den Fällen, in denen Übereinkommen erreicht wurden, werden sie nicht angemessen in die Praxis umgesetzt oder aber sie funktionieren nicht, weil ihre Implementierung von ungleichen Machtbeziehungen behindert wird.

Zweitens gibt es eine Krise im Weltsystem selbst. Die Unzulänglichkeiten der internationalen Institutionen machen das System auf eine beunruhigende Weise unfähig, die heutigen globalen Herausforderungen tatsächlich anzugehen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das System der Vereinten Nationen geschaffen, in der Hoffnung, damit den Gebrauch und Missbrauch von Gewalt durch einzelne Länder mit Hilfe eines System der Gewaltenteilung auf einer einvernehmlichen Basis eindämmen zu können. Dieses System ist mittlerweile erodiert. Unkontrollierte Machtungleichgewichte beherrschen wieder die internationale Bühne.

Zum Dritten offenbart sich hinter der Krise der globalen Politikgestaltung und des Weltsystems ein krisenhafter Prozess, der mit der Zunahme der Armut einhergeht. Dieses Verelendungswachstum ist keine unbeabsich-

tigte Nebenfolge des Fortschritts, sondern das Ergebnis einer beabsichtigten Ausgrenzung, sowohl in ökonomischer wie auch in politischer Hinsicht. Die globale Wirtschaft nimmt zunehmend eine dualistische, eine gesplattene Form an.

All dies spiegelt eine grundlegende Ideen- und Wertekrise wider: Sie betrifft in der politischen Theorie das Verhältnis zwischen Mensch und Gesellschaft, in der Wirtschaftstheorie die Annahmen über das, was Wohlstand ausmacht, und im Denken der Menschen in aller Welt die Beziehungen zwischen Mensch, Natur und den Ressourcen der Erde, wie auch die Vorstellungen über die Legitimität von Gewalt, um eigene Ziele zu erreichen.

Solche Unstimmigkeiten hat es in der Geschichte schon immer gegeben, aber sie artikulierten sich meist zwischen verschiedenen Gesellschaften. Heute jedoch zeigen sich paradigmatische Differenzen in allen Gesellschaften zugleich, bedingt durch eine Beschleunigung der Globalisierung, durch zunehmende Migration, intensivere Kommunikation, Massenmedien und die rasche wirtschaftliche wie technologische Modernisierung. Dies führt zwangsläufig zu kulturellen und politischen Konflikten, überall. Das ist die vierte Krise. Noch wissen wir nicht, wie wir sie lösen können. Denn die elementaren Fragen drängen sich nachdrücklicher denn je auf: Wird weiteres Wachstum die Entwicklung voranbringen oder aber die Grundlagen für eine zukünftige nachhaltige menschliche Entwicklung aufs Spiel setzen? Ist es vorstellbar, dass diejenigen, die nicht die Macht innehaben, auch vom Fortschritt profitieren können, oder sind sie dazu verdammt, Verlierer und Opfer zu bleiben? Wenn bei beiden Fragen die letztgenannte Antwort die wahrscheinlichere ist: Gibt es überhaupt eine Chance, die dann anstehenden Konflikte zu bewältigen, geschweige denn, sie zu verhüten?

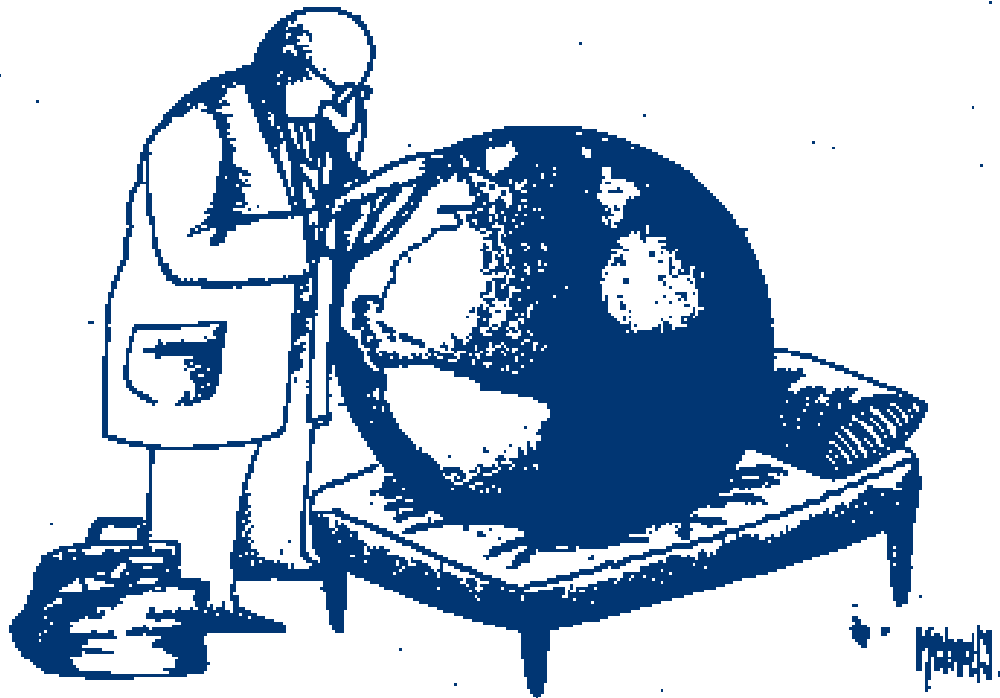
Kulturelle Konflikte in der Globalisierung

Seit dem Ende des Kalten Krieges sind gewaltsame Konflikte vor allem innerhalb von Staaten, weniger als zwischen ihnen, ausgebrochen. Manche dieser Konflikte waren nicht tatsächlich brandneu. Sie sind nicht neu entstanden, sondern nur wieder zum Vorschein gekommen, oft nach Jahrzehnten der Ruhe. Die meisten dieser Konflikte haben gleichermaßen ökonomische wie kulturelle Dimensionen.

Ökonomische Konflikte können meist in einem überschaubaren Zeitraum reguliert werden, durch eine kluge Kombination von wirtschaftlichem Wachstum und der Verteilung von Werten und Einkommen, durch ein Fortschrittsversprechen, das jedermann, sowohl in den lebenden wie in den zukünftigen Generationen, einbezieht. Kulturelle, soziale, ethnische oder religiöse Konflikte hingegen währen lange. Sie sind tief in der Gesellschaft verwurzelt. Kulturelle Konflikte überdauern Generationen. Sie sind viel schwerer zu managen als ökonomische Konflikte, denn es gibt nicht die Wahl, sie über Maßnahmen der Teilhabe oder der Umverteilung zu lösen. In wirtschaftlichen Konflikten ist immer eine Win-Win-Lösung vorstellbar: Eine Zunahme des wirtschaftlichen Wohlstands einer Partei muss nicht notwendigerweise Wohlstandsverluste der anderen zur Fol-

ge haben. Doch kulturelle Identitätskonflikte sind anders gestrickt. Identitäten definieren sich über absolute Positionen, nicht über relative Anteile am gesamt-möglichen Wohlstand. Die Stärkung der Position einer Gruppe in einer Gesellschaft – mag es sich nun um einen Stamm handeln, eine Ethnie, eine Religionsgemeinschaft, eine soziale Klasse, ein Geschlecht, eine Sprachgemeinschaft, Kaste oder eine nationalistische Clique – bedeutet immer, dass der Status einer anderen Gruppe schwindet. Wohlstand ist ein relatives Konzept. Er kann

wiss gab es Internationalisierung die ganze Zeit hindurch – interkontinentalen Verkehr, Imperialismus und Kolonialismus, Weltkriege, den Völkerbund, die Vereinten Nationen. Globalisierung ist keine völlig neue Erscheinung. Doch in der letzten Dekade des vergangenen Jahrhunderts nahm sie eine neue Gestalt an. Internationalisierung war ein ökonomischer und politischer Prozess, der durch konkrete Entscheidungen von Politikern und Unternehmern gesteuert und gefördert wurde. Er war von Menschen gemacht. In den



Arturo Kemchs, Mexiko

© e:ins Entwicklungspolitik

vermehrt werden, auch indem man ihn intelligent verteilt. Macht aber ist ein absolutes Konzept. Totale Macht kann nicht auf dem Wege der Umverteilung vermehrt werden. Macht ist ein Nullsummenspiel.

Nur wenn kulturelle Konflikte nicht als Machtkonflikte, sondern als Identitätskonflikte behandelt werden, scheint eine Lösung in Sicht – vorausgesetzt, dass jede Gruppe ihre eigene Identität nicht durch Kommunikation mit der anderen bedroht, sondern vielmehr bereichert sieht. Kulturelle Konfrontation muss in kulturellen Austausch überführt werden. Doch solange dies nicht der Fall ist, sind solche Konflikte weitaus langwieriger, unkontrollierbarer und gewalttätiger als wirtschaftliche Konflikte oder internationale Auseinandersetzungen. Und genau dies mussten wir in den neunziger Jahren erleben.

Die Gewalt blieb nicht auf die Herkunftsregionen des Konfliktes begrenzt. Sie wird und wurde durch die selben Kräfte, die auch die Globalisierung verbreitet haben, in andere Länder getragen. Das war das zweite entscheidend neue Phänomen der neunziger Jahre: Ge-

neunziger Jahren aber schwenkte die Internationalisierung in die Globalisierung um. Diese bezieht ihre Triebkraft aus sich selbst, sie vollzieht sich weniger als Konsequenz identifizierbarer menschlicher Entscheidungen, sondern eher eigenständig und autonom.

Die Globalisierung ist auch zu einer kulturellen Angelegenheit geworden, zu einer Realität im Denken der Menschen: Zeitliche und räumliche Entfernungen bilden keine Kommunikationsbarrieren mehr. Wenn wir auf Reisen sind, fühlen wir uns dank Flugticket, Mobiltelefon, E-Mail, Kreditkarte und CNN mit den Menschen, die in vergleichbaren Umständen in den Metropolen der Welt leben, weitaus mehr verbunden als mit den Armen um die Ecke oder den Arbeitslosen in den Barackensiedlungen nebenan. Für jeden in der Welt scheint sich alles, was irgendwo sonst geschieht, gleichzeitig zu ereignen und zugleich jeden, wo immer er sich auch befinden mag, potenziell zu betreffen. Wir leben in einer Welt der Echtzeit, pflegen Beziehungen in Echtzeit und fühlen uns all Teil von all dem. Vorausgesetzt freilich, wir haben Zugang zur modernen Welt.

**Wir befinden uns
heute gleich in
vierfacher Hinsicht
in einer tiefen
paradigmatischen
Krise.**

Vorausgesetzt, wir sind nicht ausgeschlossen. Doch immer mehr Menschen sind ausgeschlossen.

Das System der Globalen Apartheid

Die Globalisierung ist weder kohärent noch allumfassend. Sie ist vor allem eine Globalisierung der Märkte und der Gier. In den 90er Jahren war das Wirtschaftswachstum höher denn je seit dem Zweiten Weltkrieg. Es erhielt Auftrieb durch neue Technologien, wachsende Erwartungen und eine zunehmende Nachfrage auf dem globalen Markt. Dieses beispiellose Wachstum hätte dazu beitragen können, die Fähigkeiten der internationalen Gemeinschaft zu vergrößern, um die dringenden Armut- und Nachhaltigkeitsfragen anzugehen. Das tat es nicht. Stattdessen führte die Globalisierung zu einer noch unausgewogeneren Entwicklung: nicht mehr, sondern weniger nachhaltig. Die Globalisierung hat zudem die internationale Zusammenarbeit in eine Schieflage gebracht, indem sie alle Aufmerksamkeit auf die Frage lenkte, wie das Funktionieren des Weltmarktes erleichtert werden kann.

Was bedeutet das für die Armen? Während langer Phasen der kapitalistischen Expansion wurden arme Menschen ausgebeutet. Aber sie hatten eine Möglichkeit zurückzuschlagen, weil das System sie brauchte: Ihre Arbeit und ihre Kaufkraft gab ihnen die Macht, vom System produzierte Güter zu kaufen und dadurch genau das System am Leben zu halten, das sie ausnutzte. Diese gemeinsame Stärke der Armen half, die Ausbeutung zu verändern. Die Armen begannen, von Entwicklung zu profitieren. Sie hatten eine Perspektive: auf ein lebenswerteres Leben als dasjenige ihrer Eltern und ein noch besseres Leben für ihre Kinder.

Das ist Entwicklung: Wandel zum besseren, auch wenn nur in geringem Maße, doch mit der Perspektive, dass die Verbesserungen dauerhaft sein werden. Jeder im System hatte Anspruch auf eine solche Perspektive. Jeder hatte das Recht zu hoffen. Diese Hoffnung ist nicht länger gerechtfertigt. Die Globalisierung hat den Charakter des Kapitalismus verändert. Mehr Menschen werden vom System ausgeschlossen als im System ausgebeutet. Diejenigen, die ausgeschlossen sind, werden als überflüssig angesehen. Weder ihre Arbeitskraft noch ihre Kaufkraft scheint gebraucht zu werden. Aus diesem Grund können sie nicht mehr zurückschlagen. Sie haben die Perspektive verloren. Wenn du weißt, dass dein Leben schlechter sein wird als das deiner Eltern und es keine Hoffnung für deine Kinder gibt, es ihnen vielmehr noch schlechter gehen wird als dir, dann bleibt keinerlei Perspektive.

Für viele Menschen ist dies heute alltägliche Wirklichkeit. Sie wissen heute wesentlich besser als früher, wie ein gutes Leben aussehen könnte. Die Massenmedien erzählen ihnen davon. Aber unmissverständlicher als je zuvor müssen sie auch erkennen, dass ein solches Leben außerhalb ihrer Möglichkeiten liegt, weil sie jede sichere Grundlage verloren haben. Sie haben kein Land, das sie bearbeiten könnten, keinen Job, keinen Zugang zu Krediten, Bildung oder sozialen Grunddiensten, kein sicheres Einkommen, keine ausreichende Ernährung, dafür immer mehr Elend, eine Wohnung ohne Strom, Wasser und Sanitäreinrichtungen, und sie sind in wachsen-

dem Maße der Gefahr ausgesetzt, mit HIV/Aids infiziert zu werden. Trotz eines beispiellosen weltwirtschaftlichen Fortschritts, den wir im Verlaufe der letzten Dekade erlebt haben, bleibt rund zwei Milliarden Menschen nur die Erfahrung, tiefer und tiefer im Treibsand zu versinken.

Beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 bezeichnete Präsident Mbeki dies als „Globale Apartheid“. Der Graben zwischen Reich und Arm in der Welt kann nicht mehr allein mit der eklatanten Ungleichheit der Einkommens- und Wohlstandsverteilung erklärt werden, die durch ein Weltwirtschaftswachstum und eine bessere Verteilung der Früchte des Wachstums behoben werden könnte. Der Graben scheint dauerhaft geworden zu sein. Reich und Arm stehen voneinander getrennt auf beiden Seiten der Kluft. Unter dem Apartheid-Regime waren die Menschen entweder weiß oder schwarz. Damit waren sie Teil des Systems oder sie waren es nicht. Heute gehören die Menschen zur modernen Welt – oder nicht.

Die Spaltung der Welt

Die Moderne hat ihren Ursprung im Westen, aber sie dehnt sich über Inseln und Nischen der Modernität in den Osten und den Süden aus. Die Welten der Modernität sind eng miteinander verknüpft. Die heutigen Kommunikationssysteme vermitteln den Menschen das Gefühl, dass sie der Modernität zugehören, dass sie eine Teil der globalisierten westlichen neo-liberalen Kultur des Massenkonsums, des Materialismus, der Gier und der virtuellen Wirklichkeiten sind. Diese moderne Welt ist scharf abgetrennt von der anderen Welt nebenan, die manchmal doch gerade ums Eck liegt – und doch unendlich weit weg. „Eine Weltgesellschaft, die sich auf die Armut von vielen und den Reichtum von wenigen stützt, eine Weltgesellschaft, in der Inseln des Wohlstands von einem Meer des Elends umgeben sind, kann nicht zukunftsfähig sein“, sagte Präsident Mbeki. Tatsächlich, das ist Apartheid. Auf der einen Seite Sicherheit und Luxus, auf der anderen Entbehrung, Mühsal und Leid. Am Beginn des neuen Jahrtausends ist das Leben für viele Menschen noch nie so gut gewesen wie heute. Zur selben Zeit ist das Leben für zahllose Menschen in unserer direkten globalen Nachbarschaft nicht mehr lebenswert.

Wie in der Vergangenheit, im südafrikanischen Apartheidstaat, werden Sicherheit und Luxus auf der einen Seite des Zaunes auch dadurch aufrechterhalten, dass Armut und Elend anderswo fortbestehen. Nicht durch die Ausbeutung der Armen. Gewiss gibt es weiterhin Ausbeutung – durch niedrige Rohstoffpreise zum Beispiel oder unverschämte niedrige Löhne für Arbeitsmigranten; doch die globalisierte westliche Zivilisation verfügt über so viel Kapital und Kaufkraft, dass sie sich ohne Ausbeutung selbst erhalten kann. Die Armen werden, statt ausgebeutet zu werden, ausgeschlossen. Der Westen befürchtet, dass sie mehr Kosten verursachen könnten, als sie Nutzen bringen. Sei passen nicht unsere Kosten-Nutzen-Rechnung. Menschen, die in den Slums von Kalkutta, Nairobi oder Rio leben, landlose Bauern in Bangladesch, illegale Flüchtlinge, die auf dem Mittelmeer treiben, ihnen allen fehlen die Vor-

Die globalisierte westliche Zivilisation verfügt über so viel Kapital und Kaufkraft, dass sie sich ohne Ausbeutung selbst erhalten kann.

aussetzungen, die sie brauchen, um an der modernen westlichen Wirtschaft teilzuhaben. Deshalb werden sie als überflüssig angesehen. Die Armen sind eine Last und sollten nicht versuchen, uns näher zu kommen.

Präsident Mbeki hat recht: Globalisierung ist Apartheid. Globalisierung besetzt Lebensräume. Globalisierung ist Inbesitznahme, Einzäunung und Ausgrenzung. Die Armen sollen in ihren Homelands bleiben.

Die meisten Menschen, egal wie arm und verzweifelt sie auch sein mögen, lehnen Gewalt ab. Sie sind desillusioniert, aber sie sind im Zweifel. Viele Menschen weltweit haben eine Hassliebe zum Westen und seiner Kultur entwickelt. Sie möchten sich nicht für oder gegen den Westen entscheiden; es sei denn, sie werden dazu gezwungen, etwa durch den Westen selbst. Dann übersteigt die Verbitterung die Zweifel.

Nachhaltigkeit als inklusives Konzept

Seit dem 11. September 2001 stehen die Verantwortlichen dieser Welt vor der Aufgabe, die Fanatiker zu entwerfen, ohne die Zweifelnden gegen sich aufzubringen. Das erfordert – wie Kofi Annan bei seiner Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis angemahnt hatte – den Aufbau einer nachhaltigen, demokratischen und friedlichen Weltgesellschaft, in der die Menschheit als unteilbar angesehen wird. Annan fügte hinzu, dass das Konzept der Nachhaltigkeit auf der Würde und Unverletzlichkeit allen menschlichen Lebens basieren muss, unabhängig von Herkunft, Rasse oder Glaube.

Darum geht es wirklich in der politischen Auseinandersetzung über das Nachhaltigkeitsparadigma: um den unterschiedslosen Zugang für alle Menschen zu den Grundbedingungen des Lebens selbst. Das sind Gesundheit, Wasser, Biodiversität, Landwirtschaft und Energie. Diese sind unsere Lebensadern. Zusammen geben sie dem menschlichen Überleben eine Bedeutung. Sie geben dem Leben eine Richtung, indem sie die Menschen vom reinen Überlebenskampf befreien, die Einschränkungen durch Ort und Zeit überwinden helfen, den Menschen ermöglichen, Elend zu verhindern und zu besiegen und sich stattdessen zu entwickeln, über den Sinn und die Bedeutung menschlicher Existenz nachzudenken, Arbeit zu teilen und die Früchte der Arbeit auszutauschen, zu philosophieren, zu dichten, sich zu lieben, Bilder zu gestalten, Geschichten zu erzählen, Wissen anzusammeln, Spiele zu spielen.

Eine unbequeme Wahrheit

Al Gore hat in seinem Buch „Eine unbequeme Wahrheit“ die Gemütsverfassung beschrieben, die aus Verleugnung (denial), Zweifel (doubt) und Desinformation (disinformation) entsteht, gezielter Desinformation über den Klimawandel. Diese drei „Ds“ haben ein viertes hervorgerufen: Aufschub (delay), Aufschub im Handeln, sowohl im vorbeugenden wie auch im abhelfenden. Was hätte getan werden müssen, wurde nicht getan. Es war dieser Aufschub, dieses komplette Fehlen von Konsequenzen, das die Menschen in einen Zustand der Hoffnungslosigkeit (despair) gebracht hat: Sie sehen, dass

viel geredet wird, viele Konferenzen, viele UN-Resolutionen, aber kein Handeln. Dies führt zu einem sechsten „D“: Misstrauen (distrust).

Dieselben sechs „Ds“ dominieren die Armutsdebatte. Verleugnung, dass Armut existiert, Zweifel, ob etwas getan werden kann, Desinformation über die Natur und die Ursachen von Armut, Aufschub im Handeln, Hoffnungslosigkeit unter den Opfern und totales Misstrauen in die Führungselite.

Seit dem 11. September 2001 steht die Welt an einem Scheideweg. Wir haben die Wahl zwischen zwei Paradigmen: Sicherheit oder Nachhaltigkeit. Sicherheit ist ausgrenzend: „unsere“ Sicherheit, die wir durch andere bedroht sehen – durch Außenseiter, Fremde, potenzielle Feinde – und die wir durch Ausgrenzung zu schützen versuchen. Das andere Paradigma, Nachhaltigkeit, ist einschließend, inklusiv: ein sicherer und geschützter Platz für alle Menschen mit einem unversehrten Lebensraum, einer gesicherten Arbeit, garantiertem Zu-



© Yogi Hendlin

Jan Pronk als UN-Sonderbotschafter beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (Johannesburg 2002).

gang zu Nahrung, Wasser und Gesundheitsvorsorge, einem geschützten Anspruch auf Ressourcen, die für ein menschenwürdiges und sinnvolles Leben notwendig sind. Nachhaltigkeit als ein einschließendes Konzept beinhaltet das gegenseitige Vertrauen, dass Gerechtigkeit für alle Menschen gewährleistet sein wird, ohne jegliche Diskriminierung. Das ist zugleich die äußerste Garantie für wechselseitige Sicherheit.

In der internationalen Politik dreht sich heute alles um Sicherheit. Doch dies geht zugleich einher mit mehr Ausgrenzung, mit Präventivschlägen, Vergeltungsmaßnahmen, mehr Gewalt, mehr Terrorismus und Krieg. Das Trachten nach absoluter Sicherheit tötet. Umfassende Nachhaltigkeit hingegen bedeutet, den Grundstein für das Leben zu legen.

(Aus dem Englischen von Michèle Roth und Klaus Seitz.)

Diesem Beitrag liegt eine Rede zu Grunde, die Jan Pronk bei der Festveranstaltung zum 20-jährigen Bestehen der „Stiftung Entwicklung und Frieden“ am 1. Dezember 2006 in Bonn gehalten hat (vgl. www.sef-bonn.org).

Prof. Dr. Jan Pronk lehrt Theorie und Praxis internationaler Entwicklung am Institut für Soziale Studien (ISS) in Den Haag. Er hatte von 1973-1977 und von 1989-1998 das Amt des niederländischen Ministers für Entwicklungszusammenarbeit inne, war u.a. Schatzmeister der Brandt-Kommission und von 1980-1995 stellvertretender Generalsekretär der UNCTAD. 2004 ernannte ihn Kofi Annan zum Sondergesandten des UN-Generalsekretärs für den Sudan.